

KFN startet Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“

## ***Studie soll wertvolle Hinweise für besseren Schutz von Polizistinnen und Polizisten bringen***

***BERLIN/HANNOVER/KIEL. Am kommenden Montag, 8. Februar 2010, startet das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. zusammen mit den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen die größte Polizeiforschung, die es in Deutschland jemals gegeben hat.***

Die Gewerkschaft der Polizei zeigt sich äußerst zufrieden, dass nach dem politischen Gerangel sich nach Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen nun diese Studie doch ins Laufen kommt. Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Es ist zu bedauern, dass sich diese sechs Länder und der Bund dieser Studie entziehen und ihre Teilnahme verweigert hätten.“ Die Irritationen über den Fragebogen konnten beseitigt werden.

Der Projektleiter Prof. Dr. Christian Pfeiffer: „Polizeibeamte berichten heute weit häufiger als früher, dass sie bei normalen Festnahmeaktionen sehr massiven und oft auch tätlichen Anfeindungen des Beschuldigten sowie seiner Familienmitglieder, Freunden oder Nachbarn ausgesetzt seien. In eigenen Untersuchungen haben wir ferner festgestellt, dass der Alkoholkonsum junger Menschen in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Daraus entwickeln sich nicht selten mit Gewalt verbundene Konflikte, bei denen die Polizei einschreiten muss. Weitere Bereiche, in denen möglicherweise die Gewalt gegen Polizeibeamte angestiegen ist, sind Auseinandersetzungen mit Gewalt orientierten Gruppen wie etwa Hooligans, Autonome oder Rechtsextreme.“

Der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow: „Wir sind froh, dass sich auch Schleswig-Holstein an dieser Studie beteiligt. Ausdrücklich danken wir dabei Innenminister Klaus Schlie. Weiter bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen, diese Studie zu unterstützen.“

Bundesweit wird 85.674 Beamtinnen und Beamten der Fragebogen zugesandt.

Der Landesvorstand